

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

115 (20.5.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelzemplar 20 J. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/8—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.— M. Die Restamezeile 3.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Russisch-polnischer Krieg.

Amsterdam, 19. Mai. Wie die „Associated Press“ aus Moskau meldet, ist in Mittel- und Nordrußland das Kriegsrecht verhängt worden.

W.V. Paris, 19. Mai. Nach einem Bericht der Agence Havas aus Warschau befragt ein Moskauer Telegramm, daß die bolschewistische Armee um 120 000 Mann erhöht worden sei, die als Verstärkung an der polnischen Grenze Verwendung finden sollen.

Englische Waffenlieferungen an die Polen.

Amsterdam, 19. Mai. Wie aus London gemeldet wird, hat die Konferenz der Hafenarbeitervereinigungen in Plymouth beschlossen, alle weiteren Ladungen von Munition zum Gebrauch gegen Sowjetrußland zu verhindern. — In England nimmt die Bewegung gegen den polnischen Streik in Rußland zu. Beinahe täglich wird die Regierung im Unterhause wegen der Waffenlieferung an Polen zur Rede gestellt.

Asquith gegen die polnische Abenteuerpolitik.

Amsterdam, 19. Mai. Asquith hat gestern abend in einer vom Rat zur Bekämpfung der Hungersnot einberufenen Versammlung in London ausgeführt, das einzige Mittel zur Beilegung des durch den Krieg geschaffenen Zustandes sei eine Wiedervereinigung der Friedensbedingungen. Asquith nannte die Ereignisse in Südwestrußland und namentlich das angreifende Auftreten der Polen einen Stand, der für die Welt nicht zu ertragen sei. Er forderte die polnische Regierung an, daß sie die Befehle der Unterhause durch England dem Parlament durchzusetzen solle, wie sie ihm in seiner parlamentarischen Kaufbahn noch selten vorgekommen seien, verborgen habe.

Aufruf der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie.

Prag, 9. Mai. Die deutschen Sozialdemokraten haben einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: In schicksalsschwerer Stunde betreten wir die Tribüne der neuorganisierten Nationalversammlung. Unseren Brüdern im Reich und in Deutsch-Österreich rufen wir, daß wir uns eins fühlen mit ihnen, verbunden durch die Bande des Blutes und der Stammesart. Wir fordern für uns das freie Selbstbestimmungsrecht, das allen Völkern durch den Völkerbundvertrag zugesichert worden ist. — Der Aufruf schließt mit einem Appell an die Volksgenossen im Reich und in Deutsch-Österreich, die kameradschaftlichen Brüder in der Tschechoslowakei nicht zu vergessen.

Amerikanische Proteste gegen die schwarze Verhöhnung.

Berlin, 10. Mai. (Privattele.) Die Gewalttätigkeiten der französischen schwarzen Truppen im besetzten Gebiet, besonders ihre Ausschreitungen gegen Frauen, haben den Anstoß zu einer starken Einspruchsbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika gegeben. Die amerikanische Presse ist angefüllt mit Einzelheiten über diese Ausschreitungen und mehrere angelegene Körperkassationen bereits erlassen. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ von zuständiger Seite hört, ist für die Schlußföhrung der deutschen Nationalversammlung am Donnerstag geplant, eine Interpellation wegen der schwarzen Truppen einzubringen, welche die Regierung selbstverständlich beantwortet wird.

Die Stinnes'schen Zeitungsaufkäufe.

Dortmund, 19. Mai. Das hiesige Zentrumblatt „Tremonia“ berichtet von der Düsseldorfser Zeitung des Augustinus-Bereins u. a., daß Minister Gieseler die Zeitungen auf das Vergehen des Stinnes-Kongress aufmerksamer gemacht habe, der bereits 64 deutsche Zeitungen und sechs Selbstverläufe aufgekauft habe.

Berlin, 19. Mai. (Privattele.) Die „Nationalzeitung“ erzählt aus österreichischen Zeitungstreifen, daß der Scherindustrielle Hugo Stinnes das größte Wiener Zeitungsunternehmen, den Verlag Steyerhalm, dem vier Tageszeitungen angehören, käuflich erwerben will. (Man muß, wenn man die Nachrichten über die Finanzaktionen von Stinnes liest, seiner Verbundenheit Ausdruck geben, daß, nachdem die Wegsteuerung der großen Vermögen schon ein Jahr theoretisch beschlossen ist, praktisch die Kapitalisten ihre Riesengewinne immer noch im Besitz haben. D. Red.)

Freispruch der „Schuldigen“ von Manbenge.

Paris, 19. Mai. (Wolff.) Das Kriegsgericht hat alle sieben Angeklagten in dem Prozeß gegen die Kapitulation von Manbenge freigesprochen.

Vom Landarbeiterstreik in Pommern.

Aus Arnswalde kommt die Nachricht, daß bei einem Streit zwischen streikenden Landarbeitern und Besitzern in Lamersdorf ein Bauer, sowie der Führer der Arbeiter erschossen und 13 Personen verletzt wurden. In anderen Orten Pommerns zogen streikende Landleute aus, um die Besitzern die selbst pflügen, an der Arbeit zu verhindern. Dabei kam es zu blutigen Zusammenstößen.

Die Abwicklung des Heeres.

Eine Ausschlusssitzung des Reichsfinanzministeriums. Zu Beginn des Monats Mai berichtete die Presse eingehend über die schweren Mißstände, die sich bei der Abwicklung des alten Heeres geltend machen. In der Hand der sachlichen Unterlagen wurde von passiver Resistenz, die von Anzettelten, Offizieren und Beamten geübt würde, von einer zersplitterten abwickelnden Verwaltung des Liquidationsprozesses gesprochen. Dagegen erheben zahlreiche Arbeitskräfte, die sich Pflichterführung der unanfechtbaren Abwicklungsarbeit widmen, Einspruch. Die Beschwerden zeigen, daß es noch gewissenhafte und

Die Beamten in der Demokratie.

Von Justizsekretär Klein (Karlsruhe).

Die Revolution, die staatliche Umwälzung und Neugestaltung, hat den Gesetzen und Einrichtungen, dem Regierung- und Verwaltungssystem, ein neues Gepräge gegeben und dadurch naturgemäß auch die Lebensinteressen der Beamten und Angestellten stark beeinflusst. Es ist deshalb begreiflich, daß man sich in diesen Berufsreisen heute mehr denn je die Frage vorlegt: Was hat uns die Revolution gebracht, und was haben wir in naher Zukunft von ihr zu erwarten? Die Veränderung der Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben, die Umschichtung der Einflüsse auf den Wirtschaftsprozess, Ergebnisse der sozialen Revolution, haben auch die Beamten aus ihrer bisherigen Stellung lediglich als Arbeitskräfte, herausgehoben und sie zu Mitarbeitern im Produktionsprozeß gemacht. Die Dienststellenausschlüsse bilden die dazu geschaffenen Einrichtungen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 19. Mai. Präsident Frehnbach eröffnete die Sitzung um 3.20 Uhr und gedachte des verstorbenen Abg. Wurm (N.S.), zu dessen Ehren sich die Abgeordneten von ihren Sitzen erheben. Es folgte die

zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichgesetz und im Enteignungsgesetz geregelten Anprüche und Verbindlichkeiten.

Abg. Schiele (D.N.): Die Tragweite des Entwurfes ist sehr groß und zum Teil eine Konsequenz des Ausgleichsgesetzes. Soweit nicht es angenommen werden. Etwas anderes ist es mit den Bestimmungen des Entwurfes, die die Enteignung betreffen. Sie enthalten große Ungerechtigkeiten.

Abg. Dr. Becker (Hesien, D.V.) begründet Anträge, die die Interessen der Auslandsdeutschen schützen sollen. Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Veränderungen des Ausgleichsbeschlusses haben für die Regierung die Grenze des Möglichen erreicht, doch will die Regierung ihnen zustimmen. Die Anträge Dr. Becker sind aber unannehmbar. Die finanzielle Not des Reiches ist so groß, daß wir nicht alle Ungerechtigkeiten, die aus dem Kriege herkommen, von reichswegen wieder gutmachen können. Die Abweidende Schuld des Reiches steigt im Monat um 3—4 Milliarden.

Abg. Waldstein (Dem.) stimmt dem Minister zu. Abg. Schneider-Franken (D.) stimmt dem Antrag Becker zu. Unterstaatssekretär Müller vom Wiederherstellungsministerium empfiehlt die Annahme des Gesetzes.

Der Gesetzentwurf wird nach weiterer Debatte nach dem Vorschlage des Ausschusses angenommen mit einer Abänderung gemäß einem Antrag Becker, nach dem landwirtschaftliche Unternehmen in das Gesetz einbezogen werden. Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen.

Bei der zweiten Beratung des von dem Abg. Schneider (Dem., Sachsen) und Gen. eingebrachten Gesetzentwurfes eines Gesetzes über weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung beantragt der Abg. Goch (Soz.), die Grenze der Versicherungspflicht statt auf 15 000 auf 25 000 M. festzusetzen.

Der Antrag Goch wird abgelehnt. Die Vorlage in der Kommissionsfassung mit einigen unwesentlichen Änderungen wurde angenommen. Ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit

in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr. die Stellung der Heeresjustiz.

Nach einem ausführlichen Bericht des Abg. Dr. Schilling über die Aufschubbehandlung teilt Präsident Frehnbach mit: Die Opposition der Rechten werde bei der zweiten Lesung des Gesetzes keine Schwierigkeiten machen, dagegen bei einer dritten Lesung am morgigen Tage Widerspruch erheben. Es sei aber unwahrscheinlich, am Freitag vor Pfingsten noch ein beschlußfähiges Haus beisammen zu haben. Das wäre dann ein unrichtiges Ende der Nationalversammlung.

Abg. Löbe (Soz.): Meine Partei will das wichtige Gesetz unter allen Umständen durchberaten.

Abg. v. Gräfe (D.N.): Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes können wir auf die geschmackliche Frist zwischen den Lesungen nicht verzichten.

Abg. v. Bauer (Dem.): Die Rechte will die Vorlage des Gesetzes ausüben. Wir schlagen vor, die Beratung fortzusetzen. Hierauf wird gegen 8 Uhr in die Beratung der Vorlage eingetreten.

Regierungsseitig wird auf die Notwendigkeit einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes hingewiesen, das am 1. Oktober in Kraft treten soll.

Abg. v. Gräfe (D.N.) tritt für die Militärgerichtsbarkeit ein und begründet eine Anzahl Gesetzentwürfe auf Abänderung des Gesetzes. Wenn Sie heute die Militärjustiz abwürgen, wird es über kurz oder lang heißen: Es lebe die Militärjustiz. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Stüden (Soz.): Der Gesetzentwurf entspricht der Verfassung und dieser ist der Ausdruck des Volkswillens. Mit der Verabschiedung der Annahme des Gesetzes will die Rechte nur eine Galgenfrist gewinnen.

Abg. Meißner (Dem.): Die Militärgerichte haben höchstens im Kriege oder auf hoher See ihre Berechtigung. Wir wollen eine auf dem Ehrgefühl des Soldaten aufgebaute Disziplin. Auch die Disziplinarstrafen müssen sein, aber eine Militärgerichtsbarkeit ist dazu unrichtig. Sie beruht auf einer Ueberhebung des Soldatenstandes. (Zurufe und Lachen rechts.)

Abg. Seeger (N.S.) beantragt eine Reihe von Abänderungen der Ausschlußbeschlüsse, die noch lange keine radikale Umgestaltung des Gerichtsweßens darstellen.

Ein Regierungsvertreter bittet, die Anträge abzulehnen. Abg. Schneider-Franken (D. V.) stimmt dem Gesetzentwurf zu. Seiner Partei liegen aber dabei politische Motive und Mißtrauen gegen Mannschaften oder Offiziere der Reichswehr fern. § 10 (Verurteilung von Kommissaren bei Militärstrafverfahren) wird gestrichen.

Das Gesetz betr. die Militärgerichtsbarkeit wird im übrigen nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Dasselbe betr. die Heeresjustiz.

Das Haus erledigt eine große Reihe von Petitionen. Nächste Sitzung morgen vormittags 10 Uhr: Interpellationen betr. Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiete und andere Interpellationen. Schluß nach 10 1/2 Uhr.

Nicht mehr der kapitalistische Besitz allein oder die Stellung des Vorgesetzten verleihen im neuen Deutschland Recht und Anteil, sondern auch die produktive Mitarbeit. Damit ist aber die Idee des Kapitalismus sowohl, als auch die des Absolutismus endgültig verneint; die Beamten sind als Staatsbürger, wie auch unter sich auf den Boden des gleichen sozialen Rechts gestellt. Fast man dazu noch ins Auge, welche wertvolle Errungenschaften die Revolution der Beamtenschaft sonst noch gebracht hat (Koalitionsrecht, gesetzliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten, sowie der Urlaubsverhältnisse, Zuerkennung der in der Gewerbeordnung von der Regierung zum Schutze der Arbeiter getroffenen Maßnahmen an die Beamten, Aufhebung der Geheimhaltung der Personalakten etc. etc.), so kann man ohne Uebertreibung behaupten, daß sie die Menschwerdung der großen Massen des Beamtenums bedeutet.

Gelingt es noch, ein einheitliches und modernes Beamtenrecht zu schaffen — und das hängt viel vom Ausgange der kommenden Neuwahlen ab — dann ist es mit der politischen und persönlichen Unfreiheit und Rechtlosigkeit auch bei den Beamten vorbei. Leider fehlt es aber noch in weiter Kreisen, namentlich der mittleren Beamten, sehr an Kräften, welche entschlossen darauf bedacht sind, ihren Rechten und berechtigten Geltung zu verschaffen. Die Demokratisierung der Staatsverwaltungen „auf dem Papiere stehend“ nützt nichts; sie muß Wirklichkeit werden. Ist es erst soweit, daß all die Errungenschaften der Revolution sich in die Praxis umgesetzt haben, dann wird die Demokratie mit ihren Idealen auch erkannt und gewürdigt werden als das, was sie wirklich ist: als ein menschliches Prinzip, als Menschheitsideal.

Große Teile der Beamten- und Angestelltenchaft fühlen sich noch heute im Bannkreise obrigkeitstaatlicher Gewalt: sie sind sich ihrer von Grund aus veränderten Rechtsstellung noch nicht bewußt oder empfinden deren Vorteile noch nicht, im Blick auf die alles überschattende Not des Vaterlandes. Hier ist für die sozialdemokratischen Beamten Gebiet für Kleinarbeit. Es tut bitter not, aufzuklären über die Gefahren, welche den Beamten drohen würden, wenn es der Reaktion gelänge, das Staatsruder in die Hände zu bekommen. Man darf nicht müde werden im Hervortreten der Tatsache, daß die Revolution es war, welche die vor der Umwälzung aufgestellten Forderungen der Beamtenverbände fast restlos erfüllt hat. Mehr geschehen kann aber auch nur, wenn die politische Macht der Sozialdemokratie noch mehr als bisher durch die kommenden Wahlen befestigt wird. Es darf der Reaktion nicht gelingen, den neuen Geist der Freiheit und des gleichen sozialen Rechts zu erdröfeln.

Es sind heilige und schwer erkämpfte Güter, die immer von neuem wieder erkämpft und verteidigt werden müssen, gegenüber der organisierten Sabotage und der aktiven und passiven Resistenz verdeckter und offener Reaktionäre. Der Staat bedarf dringend Beamter, die echt demokratischen Geistes sind; nur dann ist der Bestand der Republik und ihrer Freiheiten garantiert. Es gilt die Kräfte zu schaffen bzw. heranzubilden, welche die Demokratie soweit sie nur auf dem Papiere steht, ins Leben übertragen. Dies gehört zur Kategorie der Kleinarbeit. Die Reihen der Partei stärken aus der Zahl des Beamtenums heraus, muß daher die Aufgabe jedes Parteigenossen sein.

Möge die Regierung das „Ihrige“ aber nicht veräumen, nämlich ein wachsameres Auge zu haben darüber, daß die Auslese des Nachwuchses der Beamtenchaft nicht nach Gesichtspunkten erfolgt, welche mit der politischen Stellung des Beamtenanwärters oder seiner Angehörigen zusammenhängen. Die Partei bedarf entschlossener Bekämpfer und Kämpfer, auch aus den Kreisen der Beamten!

Offenen ehrlichen Kampf gilt es zu kämpfen für die soziale und demokratische Sache. Nur sie war imstande, das Beamtenum von seinen geistigen Fesseln zu befreien. Jetzt gilt es, sie zu halten und zu festigen gegenüber dem Ansturm von rechts.

Deshalb, Beamte! Kämpft mit für die Sache der sozialen Demokratie. Ihr Sieg ist Euer Sieg über die finsternen Gewalten der Reaktion.

Abteilung der Bürgermeister und Beamten fünggemäß der Be-
ordnungsordnung angegliedert.

Vorschlag des Arbeitsministeriums.

Abg. Forter (Soz.):

Dem Arbeitsminister fehlt es noch an Räumen und vor
allen an Beamten; deshalb kann manches nicht so rasch erledigt
werden als nötig ist. Es muß jedoch gelingen, den Amtsjän-
mel in Krapp zu setzen. Es muß Sorge getragen werden, daß
die Dinge rascher erledigt werden und nicht liegen bleiben. Die
Borgänge beim Baugewerbe in Heidelberg lösen keine Zufrie-
denheit im Lande aus. Wir begrüßen die Anforderungen eines
Baumeisters und eines Technikers beim Bau- und Siedelungs-
wesen; es ist erzieulich, wenn hier das wissenschaftliche Bau-
gewerbe gefördert wird. Wenn die für die Kriegsgeschädigten und Kriegsghinterbliebenen nötig-
en Räumlichkeiten im Lande zu. Beim Ge-
werbeaufsichtungsamt ist der Hinweis auf die Notwendigkeit des
Arbeitsministeriums. In den kleinen Städten, beson-
ders in den Randgebieten fehlt es noch vielfach an Kontrolle, so
daß die Gefahr für Unfall sehr groß ist. Hier könnten
Amtsbezirke zur Kontrolle zusammengefaßt werden. Besonders
ist bei der kommenden Bauzeit die Nachkontrolle der Baugriffe
und des Materials nötig; auch für die Bauhütten gilt dies. Bei
der schlechten allgemeinen Gesundheitslage sollte hier nicht an
Geld gespart werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die
Baukontrolleure entsprechend bezahlt werden. Die Arbeitsnach-
weise müssen zentral für das ganze Land zusammengefaßt wer-
den, wobei der Staat bereits vorübergehend für die Zukunft zu
wirken hat, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Notwendig sind
die Rechtsauskunftstellen, die bezirksweise angelegt
werden können; die Mittel, die hierfür angefordert werden,
scheinen mir viel zu gering. Hier muß der Staat mehr an-
legen. Auch der Betrag von 6 Millionen für die Arbeits-
losenfürsorge scheint mir viel zu gering angesichts der drohen-
den Wirtschaftskrise, die größere Arbeitslosigkeit
bringt. Von den Mitteln sollten nicht nur die Industriearbeiter,
sondern auch die arbeitslosen Bauarbeiter bedacht werden. Es
wäre gut gewesen, wenn man bei der Wohnungsfürsorge auch
die existierenden gemeinnützigen Bauvereinigungen berücksich-
tigt hätte. Die 25 Millionen für das Wohnungswesen scheinen uns
gering, nachdem in Baden 30 000 Wohnungen fehlen. Es ist
bebauert, daß nur ein kleiner Teil des Wohnungsbedarfes er-
füllt werden kann. Man hätte hier einen höheren Betrag ein-
setzen sollen; insbesondere sollte bei der Wohnungsplanung noch
sehr geachtet werden und diese besser organisiert werden.
Wir wünschen, daß beim Arbeitsministerium in der sozialen
Fürsorge nicht nachgelassen wird, und daß weitere Mittel einge-
setzt werden; meine Fraktion wird sie gerne bewilligen. (Beifall
bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Köhlin (Dem.) begrüßt das Arbeitsministerium als
einen Fortschritt zur neuen Zeit. Wir sind zwar nicht zum so-
zialdemokratischen Staat geworden, was wir begrüßen; aber
zum demokratischen und sozialen Staat. Angesichts der kommen-
den Wirtschaftskrise ist es fraglich, ob wir mit dem angelegten
Betrag für die Arbeitslosenfürsorge auskommen; doch darf das
Prinzip der Arbeitslosenfürsorge nicht überhand nehmen. Des-
halb fragen wir den Minister, wie er sich zu den allüberwiegend-
stehenden Gemeinden stellt, da hierdurch die Arbeitslosen-
fürsorge nicht mehr bewilligt werden kann. Bei den Meliorationen sollte anders gearbeitet
werden. Die Mittel für den Wohnungsbau bewilligen wir gerne,
da sie besser hierfür aufgewendet werden, als für Arbeitslosen-
fürsorge. Beim Staat darf das Privatkapital nicht ausgeschaltet
werden. Mit dem Staatsbeitrag zur Förderung der Einrichtung
von gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen (30 000 M.)
können wir uns nicht befriedigen, da die Gewerkschaften, deren
Arbeitssekretariate aller Richtungen damit unterstützt werden
politische Vereinigungen sind; diese Position wird deshalb von
meinen Freunden abgelehnt. Den übrigen Positionen des
Arbeitsministeriums stimmen wir zu.

Abg. Mayer-Sarlsruhe (D.M.): Auch wir sind mit der Ein-
richtung des Arbeitsministeriums einverstanden und stimmen
ihm zu. Die freie Liebeszeit, vor allem auf professionellem
Gebiete ist jedoch nicht zu entbehren.

Arbeitsminister Härdert: Ich möchte darauf hinweisen, daß
alle Beamten des Arbeitsministeriums in hervorragendem Maße
ihre Pflicht erfüllen. Wir leiden Mangel an viel Nötigem, wie
Schreibmaschinen usw., wodurch sich mandmal die Dinge verzö-
gern. Bei den Heidelberger Bau-Vorgängen ist das Unterichts-
ministerium Bauherr. Wenn die Summe für die Arbeitslosen-
fürsorge nicht ausreicht, so werden wir weitere Mittel in einem
Nachtrag verlangen. Die beste Arbeitslosenfürsorge ist die
Beschaffung von Arbeit; diesen Grundgedanken machte sich das Mi-
nisterium zu eigen. Vor allem gibt der Bau der Redaranalysen
Arbeit; dann die Fortgewinnung und die beabsichtigten Wege-
bauten. Die Sorge um die Wirtschaftskrise hat auch das Arbeits-
ministerium. Es ist eine allgemeine Kaufkraft eingetreten, da
billigere Preise erwartet werden. Diese psychologische Erschei-
nung hatten wir bereits vor dem Kriege. Wenn unsere Valuta
einen festen Stand erreicht hat, werden wir die Krise überwinden,
so daß sie keine dauernde, sondern eine vorübergehende sein
wird. Viel wird auch abhängen, wie die Konkurrenz in Spa aus-
gehen wird; die Zahlung einer Summe von 130 Milliarden
würde allerdings die Krise dauernd machen. Wenn Karlsruhe
und Mannheim über die Schicksale der Arbeitslosenfürsorge hin-
ausgegangen sind, so haben sie sich auf die geistlichen Bestimmungen
berufen können; auch sind in Mannheim und Karlsruhe die
Lebensverhältnisse teurer. Mit der Landwirtschaftskammer
haben wir bei den Meliorationen eine Verständigung herbeige-
führt. Bei den Meliorationen ist die Arbeit hinsichtlich des
Geländes zwischen Heidelberg und Bruchsal soweit gegeben, daß
Anfangs Juni die erste Saatfahrt mit den Gemeinden stattfinden
kann, jedoch bald mit der Arbeit begonnen werden kann.
Das Arbeitsministerium tut alles, um die Meliorationen zu
fördern.

Abg. Gölcher (Ztr.) bedauert die Wohnungsnot und hat Be-
denken gegen die Vereinigung von Randgemeinden mit der Stadt.
Die Errichtung von Einfamilienhäusern ist bedenklich, angesichts
der mangelnden Baumaterialien und der geringen Rente; wir
müssen drei- bis vierstöckig bauen. Die Baumaterialien müssen
sobald als möglich freigegeben werden. Wir müssen mit der
ganzen Zwangswirtschaft bis auf die notwendigen Lebensmittel
aufkommen. Der Achtstundentag ist im Baugewerbe ein
Unglück. Das Baugewerbe muß in der Hochsaison die Ar-
beitszeit auf mindestens zehn Stunden ausdehnen
dürfen. Auch ohne Akkordarbeit können wir nicht durch. Die
Kriegern sollten Wohnzwecken dienen. Auch wir haben Beden-
ken gegen die Förderung der gemeinnützigen Rechtsaus-
kunftstellen; wir lehnen diese Position ab. (Abg.
Forter (Soz.): Dies ist eine Patrone gegen die Arbeiterschaft;
gut, daß sie noch vor den Wahlen kommt.)

Arbeitsminister Härdert:

Wir sind mit der Bauweise an die Bestimmungen des Reiches
gebunden, das Flachbauten mit Gartenanlagen verlangt. Ein-
familienhäuser wurden nur da gebaut, wo sie zweckmäßig waren.
Sonn- bänken wir mehrschichtig; für Mehrfamilien sind wir aller-
dings nicht. Wenn Herr Abg. Gölcher einen Wundermann
weiß, der mit den vorhandenen Materialhäuser mit acht Woh-
nungen baut, so soll er ihn nennen. Die Antworten auf unsere
Rundfrage beweisen, daß wir richtig gebaut haben. Am dem
Tage, an dem es möglich ist, die Zwangswirtschaft im Baue-
gewerbe aufzuheben, werden wir sie abbauen und aufheben. Wenn
die Kriegsgesellschaften in Berlin aufgegeben werden, so können
wir ihnen keine Träne nach. Bei den Kajnern sollten uns die
Reichsbehörden mehr entgegenkommen, damit die Wohnungs-

not geindert wird. Ueberrast hat mich die Erklärung des
Herrn Gölcher, daß seine Partei die Position für die
Rechtsauskunftstellen

nicht beivilligt. Die Gewerkschaften aller Richtungen leisteten
im Kriege und früher Unermühtes. Sie schufen Einrichtungen
durch die Arbeitersekretariate, die alle Anerkennung
verdienen. Der Staat muß diese Institution unterstützen;
denn die Arbeitersekretariate sind Volksanwälte. Es ist aber auch
eine politische Klugheit, die Gewerkschaften, denen wir
die Ruhe im Lande verdanken, zu unterstützen. Ich bitte Sie
dringend diese Position zu genehmigen. Denn überall be-
sonders in Versicherungsfragen, vertreten die Arbeitersekretariate
die Interessen des wertvollen Volkes.

Abg. Weismann (Soz.):

Der Wunsch der Sozialdemokratischen Partei bei der Schaf-
fung der Verfassung nach Einrichtung eines Arbeitsministe-
riums ist erfüllt worden und wir begrüßen dies. Wir begrüßen
aber auch, daß erstmalig am Regierungstisch eine Frau als
Referentin im Arbeitsministerium (Frau Dr. Baum) Platz
nahm. Gegenüber dem Abg. Gölcher möchte ich betonen, daß
meine Fraktion als erste in der Kommission die Beamteigen-
schaft für die Arbeiterkontrolle verlangte. Wir freuen uns
der Arbeiterkontrolle im Gewerbeaufsichtsamts und unter-
stützen die Position im weitestgehenden Maße. Bei der Unter-
bringung der Kinder auf dem Heuberg ist es kein
Ruhmesblatt des Zentrums, daß es bemüht war, diese Aktion
zu unterbinden. Hier liegt eine soziale Pflicht gegenüber den
Kindern vor, deren Gesundheitspflege einen Ferienaufenthalt
auf dem Heuberg bringen verlangte. Zweifellos liegt hier eine
Verpflichtung des Staates vor, der damit einen Akt ausglei-
chender Gerechtigkeit erfüllt. Es gibt niemand, der die Hilfe
für die Wiener Kinder nicht verweigert; aber die Schweizer sagen,
wenn ihr Wiener Kinder aufnehmt, so braucht ihr eure Kin-
der nicht in die Schweiz zu schicken. Da wir selbst vom Aus-
land abhängen, scheint es mir, daß es doch nicht politisch be-
sonders klug war. Zu meiner Ueberrastung verblühte das
Zentrum, daß es gegen die Rechtsauskunftstellen
stimmen wird. Ein Akt politischer Klugheit ist dies nicht. Denn
damit gibt das Zentrum der Arbeiterklasse

einen Faustschlag.

Der Abg. Köhlin gab das Signal dazu. Wer weiß, wie die
Arbeitersekretariate jahrzehntlang bekämpft wurden, der be-
greift wie unsympathisch es wirkt, wenn Zentrum und
Demokraten diese Position ablehnen. Diese 30 000 M. sind
ja ein Tropfen auf einen heißen Stein. (Zwischenruf im
Zentrum: Gerade deshalb! — Abg. Dr. Krauß (Soz.): Dann
sehen Sie mehr ein! Gerade von Ihnen, Herr Gölcher, hätte
ich dies nicht erwartet. Wenn 30 000 M. so wenig sind, dann
sollte man noch eine KLuL anhängen. Die Leute, die Aus-
kunft beim Arbeitersekretariat holen, werden niemals nach
ihren politischen Ueberzeugung gefragt. Nicht nur Arbeiter,
sondern auch Handwerker, auch Offiziere fragen in den Arbeiter-
sekretariaten nach Auskunft. Man kann sicher sein, daß das
Geld ordnungsmäßig verwendet wird und genaue Abrechnung
erteilt wird. In der Schweiz werden seit Jahren und Jahr-
zehnten die Arbeitersekretariate offiziell unterstützt; in
Preußen ist man auf gleichem Wege. Wer soll denn den Ar-
beitern die Auskunft über soziale Gesetzgebung geben? Die
Rechtsanwälte? Sie verweisen die Arbeiter auf die Arbeiter-
sekretariate, da sie von diesen Fragen wenig verstehen. Wenn
der eingesezte Betrag zu wenig sein soll, so steht nichts im Wege,
ihn zu erhöhen. Wir haben jetzt 1/2 Jahre politische Er-
schütterung hinter uns. Damals wurde die Aufhebung der Ar-
beiter- und Soldatenräte verlangt und gleichzeitig ange-
sagt, daß die Volks- und Arbeitersekretariate weiter ausge-
baut werden sollen und die Regierung Mittel finden wird, sie
zu unterstützen. (Zwischenruf im Zentrum: Wo wurde dies
zugelagt? — Abg. Dr. Krauß (Soz.): Bei der Landesversamm-
lung der Arbeiter- und Soldatenräte in Durlach!) Wir be-
dauern es, wenn nun diese Institution keine Förderung er-
fährt. Sie schaden uns damit nicht, aber wie Sie sich mit den
Arbeitermajoren darüber auseinandersetzen, ist Ihre Sache.
(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Ich habe mich an Stelle des Abg.
Ziegelmeier zum Wort gemeldet. (Heiterkeit links.) Dann ver-
zichte ich auf das Wort.

Abg. Ziegelmeier-Oberkirch (Ztr.) hätte es für besser ge-
halten, wenn der Fraktionsvorsitzende zu Wort gekommen wäre.
Wir müssen bei der Unterstützung der Arbeitersekretariate da-
ran denken, daß auch einmal andere Männer kommen können,
bei denen man nicht weiß, was sie mit dieser Position einengen.
Der Wert der Arbeitersekretariate liegt in ihrer Unabhängig-
keit. Es ist kein Kaufschlag ins Gesicht der Arbeiterschaft. Wir
sehen die politischen Gründe für diese Position nicht ein. Die
Arbeitervertreter unserer Fraktion sind in dieser Hinsicht in
keiner Weise gehoben worden. Die Regierung muß zwischen
Kerzten und Krankentassen vermitteln, um den drohenden
Kerzestreit zu verhindern.

Abg. Forter (Soz.):

Herr Gölcher glaube eine Attade gegen den Achtstundentag
reiter zu müssen, indem er ihn als Übel im Baugewerbe
bezeichnet. Dabei kämpfen die Bauarbeiter seit 30 Jahren für
eine Verkürzung der Arbeitszeit, da sie lange brauchen, um
zur Arbeitsstätte zu kommen. Die Vorschläge des Abg. Göl-
cher würden zu Kämpfen führen, wie wir sie noch nicht ge-
habt haben. Denn trat Herr Gölcher auch für die Akkord-
arbeit ein, ohne jedoch nachzuweisen zu können, daß damit auch
die Arbeit selbst gefördert wird. Bei den Rechtsauskunft-
stellen verweise ich darauf, daß seit Jahren bereits viele Städte
und Kreise die Arbeitersekretariate unterstützen, ohne daß da-
mit deren Unabhängigkeit gefährdet würde. Gerade die Ar-
beitervertreter des Zentrums müssen wissen, wie wichtig die
Arbeitersekretariate sind. Bei der Auflösung der Arbeiter-
und Soldatenräte wurde versprochen, diese Einrichtung zu unter-
stützen. Wir hätten einen viel größeren Betrag gewünscht;
nachdem wir jedoch die Schwierigkeiten sahen, die Zentrum und
Demokraten machten, sahen wir davon ab, einen Antrag auf
Erhöhung zu stellen. Die sozialdemokratische Partei hat als
solche mit den Arbeitersekretariaten gar nichts zu tun; die Ar-
beitersekretariate stehen auf völlig neutralem Boden und sie
geben überall hin ihre Auskünfte. Durch Ablehnung dieser Posi-
tion laden Sie eine Verantwortung auf sich, für die die Ar-
beiterschaft Rechenschaft verlangt. Das Volk braucht sagt ich,
daß es nicht verächtlich wird! Es wird heißen, wie man in
den Wald hineinruft, schallt es heraus. (Beifall bei den Sozial-
demokraten.)

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Was zu Gunsten der Wohnungs-
frage gesehen kann, wird von uns gesehen. Gerade in den
Arbeiterkreisen, die auf unserer Seite stehen, sind die Beden-
ken gegen die Förderung der gemeinnützigen Rechtsauskunft-
stellen am stärksten. Für uns sind nur politische Bedenken vor-
handen, die uns veranlassen, gegen diese Position zu stimmen.
Kein Parteifreund Ziegelmeier benannte die Ablehnung
nicht, sondern er begründete sie. Wir haben gebietet, zu tun,
was uns über die Neutralität der freien Gewerkschaften zu
unterhalten. (Abg. Markhoff (Soz.): Gerade so neutral als die
christlichen Gewerkschaften und die Bauvereine. Was ich
in der Heubergfrage tat, war meine Pflicht und Schuldigkeit;
Caritasverband war hier lange vor dem Staat tätig und man

muß deshalb den konfessionellen Verbänden entsprechende Mit-
wirkung zubilligen.

Abg. Großhans (Soz.):

Ich möchte darauf hinweisen, daß Stadtrat und Woh-
nungsamt in Konstanz sich seit Monaten bemühen, die alte Ka-
ferne ganz in den Dienst der Wohnungsfürsorge zu stellen. Bis
jetzt konnte jedoch der Widerstand des Militarismus nicht über-
wunden werden. Das Arbeitsministerium sollte den militäri-
schen Behörden die Dringlichkeit der Wohnungsnot vor Augen
führen. (Minister Härdert: Ist wiederholt gesehen.) Hier sollte
nichts veräumt werden, um Hilfe zu schaffen.

Abg. Haman (Soz.):

Ich möchte bitten, daß die Reichsregierung ein Nachgeheß
herausgibt, daß die Gewerbeordnung in Bezug auf die Hand-
werkstammern abgeändert wird, da sich die Handwerker weigern
nennenswerte Zugeständnisse hinsichtlich der Lehrlinge zu
machen. Zu den Lehrverträgen wird mandmal bemerkt, daß
die Abmachungen von Gewerkschaften und Unternehmern über
die Entschädigung außer Kraft treten. Dies ist mit unserer
Zeit nicht zu vereinbaren. Die Handwerkstammern haben ei-
gentlich auch kein Recht in Bezug auf die Entlohnung der Leh-
rlinge mitzureden. Bei den Schlichtungsausschüssen
sollte schneller gearbeitet werden, damit die Leute auch in den
Besitz der Gelder kommen. Die Untersuchungen über die Ver-
bindlichkeiten sollten deshalb schneller erledigt werden. Ich hoffe
daß das Zusammenarbeiten von Arbeitern und Gewerbeauf-
sichtsamtsamt die Arbeiterwohlfahrt fördert.

Abg. Stefer (Ztr.) tritt für stärkere Betriebskontrolle ein.
Die Frauen und Männer lernen in Wirklichkeit keinen acht-
stündigen Arbeitstag; denn wenn sie auch in der Fabrik nur
acht Stunden arbeiten, so arbeiten sie zu Hause weiter, so daß
eine Arbeitszeit von 10-11 Stunden herauskommt. (Zurufe
bei den Sozialdemokraten: Gölcher.) Man soll deshalb die
Arbeiter nicht wegen des Achtstundentages Paulenser heißen;
denn der Achtstundentag ist ein Segen.

Arbeitsminister Härdert stellt fest, daß das Arbeitsministerium
bei der Heubergfrage mit allen beteiligten Stellen von Anfang
an Fühlung nahm. Wenn der Betrag für die Rechtsauskunft-
stellen bewilligt wird, so wird das Ministerium beraten, wer
unterstützt wird. Die Position dient nur sozialen Zwecken;
die Ablehnung hat jedoch politische Folgen und deshalb
ist die Bewilligung eine politische Forderung.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.):

Ich bitte dringend, diese Position für die Rechtsauskunft-
stellen zu genehmigen. Einer Zurückweisung an die Kommission
würden wir zustimmen, wenn auch die Frage für uns geklärt
ist. In den Arbeitersekretariaten herrsche von jeher die Ge-
spensthaftigkeit der politischen Neutralität und Unparteilichkeit. Allen
Arbeitern wurde Auskunft gegeben ohne Rücksicht, welcher Or-
ganisation sie angehören. Die Bedürfnisse nach Auskünften
haben sich vermehrt; auch in den kleineren Städten
und die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, diese von sich
aus zu halten. Die großen Städte können die Arbeiter-
sekretariate halten; aber die kleineren Städte können dies nicht.
Es ist deshalb ein Bedürfnis vorhanden und die kleineren
Städte können nicht verstehen, daß hier so sehr mit den
Staatsgeldern gezögert wird, während sie für andere Dinge aus-
gegeben werden. Wenn Herr Schofer für den Caritasverband
eintritt, so haben wir das Recht, für diese notwendige Einrichtung
der Arbeiterschaft einzutreten. Wir müssen uns jegliche
Wahnahme vorbehalten, wenn hier der Arbeiterschaft ein
Faustschlag ins Gesicht gegeben wird. (Beifall bei den Sozdem.)

Abg. Hertle (D.M.) wünscht eine andere Erzielung der
eingereichten Baupläne. Den Kosten von 30 000 Mark für die
Sekretariate würde ich genehmigen, wenn davon 10 000 Mark
für Bauernsekretariate gewährt würden, zur Aufklärung über
die Schäden der Zwangswirtschaft. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. Tagesor-
nung: Arbeitsministerium und Unterrichtsministerium.
Schluß der Sitzung 11 Uhr.

Badische Politik.

Die Beratung der Besoldungsordnung

wurde gestern nachmittag vom Haushaltsausschuß des Landtags
in fünfstündiger Sitzung derart beschleunigt, daß die Vorlage
noch heute vormittag die Vollversammlung beschäftigen kann.
Die Aussprache war vertraulicher Natur. Da dem Ausschuß
daran lag, daß die Beamten möglichst rasch in den Genuß der
neuen Gehaltsätze kommen, stellte er alle Bedenken zurück und
beschloß einstimmig, daß der Landtag die unbedingte An-
nahme des Besoldungsgesetzes und der Besoldungsordnung an-
nehmen soll.

Der Vorschlag für das Finanzministerium

zeitigte im Haushaltsausschuß bei vielen Positionen lebhaft
Aussprache, an der sich die einzelnen Parteimitglieder intensio
beteiligten. U. a. gab der Finanzminister Köhler bei dem
Kapitel: Einkommensteuer 160 Millionen eine eingehende Dar-
legung über die finanziellen Wirkungen der
neuen Steuern, die für den Staat keineswegs ungünstig
sind. Wir schließen nämlich das Jahr 1919 ohne Ueberfluß,
aber auch ohne Fehlbetrag ab, in der Zeit allgemeiner Debit-
wirtschaft kein schlechtes Ergebnis. Es zeigte sich, wie gut die
sozialdemokratische Landtagsfraktion tat, als sie im
Sommer vorigen Jahres auf die Erhöhung der badischen Ein-
kommensteuer und der starken Erhöhung nach oben drängte
und so dem Staat vor der Verzechtigung des Steuerwesens
noch neue Einnahmen zuführte. Köhler gab der Hoffnung
Ausdruck, daß wir vom Reich erhebliche Mittel zurückerhalten.
Die Zahlen, die er angab, schienen beweiskräftig zu sein. Wie
die Gemeinden ihre Steuereinnahmen vom Reich über die
Länder erhalten, darüber ist der Schlußel noch nicht gefunden.
Zunächst will das Reich Vorläufe geben. Es erhofft hohe Ein-
nahmen von dem ab 1. Juli ds. Js. erfolgenden 10%igen Ab-
zug bei den Arbeitern und Festbesoldeten.

Die Votlage der staatlichen Aufgehaltsempfänger und der
Witwen wurde auch besprochen und sozialdemokra-
tischerseits ebenfalls um Abhilfe erucht. Dieses Ver-
sprechen gab der Finanzminister. Es soll ihnen ein Vor-
schuß gegeben und der badische Entwurf, falls das Reich nicht
bald eingreift, rasch fertiggestellt werden.

Der starke Rückgang der Holzpreise beeinflusst
natürlich in hohem Maße das Finanzbudget, denn es sind an
Einnahmen hierfür 82 Millionen Mark eingesezt. Es wird
jedoch eine Verminderung dieser Summe eintreten. Finanz-
minister Köhler bemerkte, daß die Einnahme aus dem Holz
fast die einzige Finanzquelle Badens sei. Nur 18 Prozent der
badischen Einnahmen seien im Staatsbesitz. Trotzdem habe
man große Quantitäten Bau- und Brennholz abgegeben. Ein
Sozialdemokrat forderte auch Entgegenkommen bei der
Abgabe von Papierholz; die Zeitungen seien in einer furch-
terlichen Notlage. Dies wurde zugesagt.

Bei der Position Salinen und Bergbau forderte ein
Sozialdemokrat, daß in Dürheim die Vorgelegen-
heit für die Arbeiter besser ins Land geleitet werde. Dem Salinen-
betrieb soll mögliche Förderung durch Zuführung von Kohle zu-
teil werden. Die Regierung solle sich auch interessieren für den
Zorfschicht hinter der Saline Dürheim. Dies wird zugesagt. Der
Kaliberbau wurde gleichfalls besprochen und sozialdemo-
kratischerseits dessen intensiver Betrieb gewünscht.

Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte!

im großen Saale der Festhalle über die „Beamten, Befoldungsordnung und Reichstagswahlen.“

Am Samstag nachmittag 1/4 Uhr spricht das Mitglied der Nationalversammlung Oberpostsekretär Steinkopf

Beamte! Erscheint in Massen! Abg. Steinkopf hat in der Nationalversammlung bei den Beamten- und Befoldungsfragen eine führende Rolle inne gehabt. Er ist ein gründlicher Kenner sowohl des Beamtenrechts wie der Nöte der deutschen Beamtenschaft, ein unermüdlicher Verfechter der Interessen der Beamten.

Auf in die Versammlung!

Gesetzentwurf über die Vermögens- und Einkommensteuer.

Der Gesetzentwurf über die Vermögens- und Einkommensteuer ist soeben im Landtag in Druck zur Verteilung gelangt. Dieser Gesetzentwurf ist auf einen im Dezember vorigen Jahres vom Landtag geäußerten Wunsch zurückzuführen, der darin ging, Vorkehrungen zu treffen, daß wesentliche Änderungen in der Höhe des Einkommens und Vermögens, die spätestens am 1. April 1920 eingetreten sind, noch zugunsten des Landes und der Gemeinden veranlagt werden können, wenn auch das Einkommen- und Vermögenssteuergesetz mit dem 1. April 1920 außer Kraft tritt. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf geht noch weiter, als dies vom Landtag gewünscht wurde. Zunächst sollen wesentliche Änderungen in der Höhe des Einkommens oder Vermögens nicht nur zugunsten der Steuerpflichtigen festgesetzt werden, sondern auch zugunsten der Steuerabgänge angeordnet werden. Eine wesentliche Änderung wird allerdings nur dann angenommen, wenn das steuerbare Einkommen um mindestens ein Fünftel und zugleich um mindestens 10 000 Mark oder wenn der Vermögenssteuersatz um mindestens ein Fünftel und zugleich um mindestens 20 000 Mark größer oder kleiner geworden ist. Dadurch soll erreicht werden, daß nur tatsächlich wichtige Fälle behandelt werden müssen. In dem Gesetzentwurf wird deshalb auch bestimmt, daß die Steuerpflichtigen, deren Steuerveranlagung mit Rückwirkung zu erhöhen ist, oder die eine Minderung herbeiführen wollen, entsprechende Steuererklärungen einzureichen haben. Die Rückgabe einer Erklärung und die Abgabe einer unrichtigen Erklärung werden mit Strafen bedroht.

Lehrerverein und Beamtenbund. Zu der „Nichtigstellung“ des Bad. Beamtenbundes bemerkt unter Berichterstatter: „Der Badische Beamtenbund hätte besser geschwiegen. Es kann hier nicht im Einzelnen dargelegt werden, wie „schlimm“ sich der B. B. in der Einreichungsfrage der Lehrerschaft gegenüber verhielt; man es interessiert, der möge die allernächste Darstellungen in Nr. 20 der „Bad. Schulzeitung“ nachlesen. Für den gewerkschaftlich Gesinnten ergeben sich da sehr sadische Streiflichter! Was soll man dazu sagen, daß man tatsächlich über gefahrene Verhältnisse hinwegsehen muß, wenn man den Lehrerverein nicht abmachen entgegengelegte Beschlüsse herbeiführt! Auch in der Ziffer 2 operiert der Berichterstatter des B. B. mit Zahlen, die einander nicht gegenüberliegen: er vergleicht die Anzahl der Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes mit derjenigen des Badischen Lehrerbundes — eine bedenkliche Methode, um zu beweisen, daß der Bad. Lehrerbund in der Minderzahl sei. Wenn aber schon der „Badische Beamtenbund“ auf die deutsche Organisation absetzt und sich so sehr als Glied dieser Organisation fühlt — warum hat er dann durch sein Verhalten dem Schlichtungsausschuß des Deutschen Beamtenbundes ins Gesicht geschlagen, dessen Stellungnahme lautet: „Der Ausschuß hält daran fest, daß alle Einreichungsfragen von den betr. Fachgewerkschaften mit den Regierungsstellen erledigt werden. Das muß auch für die Lehrer gelten. Der Ausschuß würde es nicht für richtig halten, wenn der Deutsche Beamtenbund irgend eine Beamtengruppe den Aufstieg verweigern wollte, wenn er von der betr. Fachbehörde für berechtigt gehalten wird.“ Dies trifft auch für Baden zu — aber für die „Gewerkschaftler“ des Bad. Beamtenbundes gilt der Begriff „Solidarität“ nicht. Warum? Darum!

Karlsruher Bürgerauschuß-Sitzung.

Karlsruhe, 19. Mai.

Es lag Wahlstimmung gestern über dem Bürgerauschuß. Die Herren Bürgerlichen glaubten nach alter Methode ihre Aufzettelung gegen die verhasste Sozialdemokratie unternehmen zu können. Aber die Herrschaften erlebten einen Herzeinfall nach dem andern. Einer nach dem andern ihrer mutigen Heiden, alte und junge, offene und verkappte Reaktionäre, die Moninger, die Frey, die Neumann, Kühn und Fall stürmten an und jeder holte sich in seiner Partei die verdiente Tracht Prügel. Herr Moninger machte den Anfang. Er brachte es fertig, die Vorlage über den Ausbau des Rheinhafens zu seiner gewohnten Attade gegen die Zwangswirtschaft zu benutzen, wofür er sich den Beifall seiner „demokratischen“ Freunde und eine treffliche Abfertigung durch unsern Gen. Schwall holte.

Den Hauptsturm setzte es jedoch bei der Maifeierfrage ab. Auch hier war eigentlich in der Tagesordnung selbst kein Anlaß gegeben; es handelte sich um den Lohnstarif für die städtischen Beamten und Arbeiter. Aber die Bürgerlichen brauchen eine kleine Wahlhebe und so glaubten sie in der Arbeitsruhe der städt. Straßenbahner am 1. Mai den willkommenen Stoff zu dieser Hebe gefunden zu haben. Aber es dürfte noch selten eine Sitzung der städtischen Kollegien stattgefunden haben, in der in einer derartigen Heuchelei gemacht worden ist, in der derartig grobe Strolachströmen gehandelt wurden, als es gestern von dem Herrn Frey von den Jagen. Demokraten und einem Herrn Fall vom Zentrum und deren Parteien geschehen ist. Kammerlich war das Treiben dieser Stadtvertreter. Sie, die früher den Straßenbahnverkehr tadelte, ja wochenlang hätten ausfallen lassen, wenn es ihrem Abgott Wilhelm von Hohenzollern oder seiner Karlsruher Verwandtschaft so beliebt hätte, die für den Fürstenrummel Tausende hinauspulverten, sie jammern und klagen jetzt über den Ausfall einer Tageseinnahme der Straßenbahn. Dieses salbungsvolle Geschwätz und Getöse kann in uns nur Gefühl des Efels erregen, denn es ist Heuchelei, weiter nichts. Wir bestreiten dem Herrn Frey und seinem ganzen Anhang, von Wagschlag bis Hermann, jedes Recht, auch nur mit einem Wort über Arbeitsunlust sich zu äußern, Ermahnungen zu Arbeitswilligkeit von sich zu geben, denn sie sind Mitschuldige an den schändlichen Taten. Ihr ganzes Loben gestern war ja nur der Ausdruck einer ohnmächtigen Wut über ihre Machtlosigkeit und ihre Ohnmacht gegenüber den Straßenbahnen und der gesamten Karlsruher Arbeiterschaft, die am 1. Mai solche gewaltige Demonstrationen veranstalteten. Die Herren müssen sich aber schon damit abfinden, ob sie wollen oder nicht, daß der 1. Mai der Tag der Arbeiterschaft ist, an dem die Arbeiterschaft festtritt, was zu geschehen hat und was nicht, genau wie früher die Arbeiterschaft sich die von jenen aufgenötigten Surrealfeiertage hat bieten lassen müssen.

Bei der ganzen Debatte am gestrigen Tage, die unter der Devise „Die Kapitalismus — die Sozialismus“ vor sich ging, bildete die Fraktion der Unabhängigen eine jammervolle Rolle. Zur Verteidigung der Maifeier der Straßenbahner hatte diese, auch gestern wieder so schlecht vertretene Fraktion kein Wort übrig, trotzdem ihr Sprecher Fischer zum Tagesordnungspunkt zweimal sprach. Er führte allerdings eine Sanswurstjude auf, die das ganze Haus zum Lachen brachte. Mit solchem Auftreten bzw. Schweigen wird das Bürgerium recht zufrieden sein, dessen sind wir uns gewiß.

Der gestrige Tag ist aber auch ein Alarmruf für die Karlsruher Arbeiterschaft. Das Bürgerium hat wieder einmal die Maske gelüftet, man sah die Frage der Arbeiterfeindschaft in ihrer ganzen Häßlichkeit. Gestern war es nur ohnmächtiges Geknebel. Aber die Gefahr zieht auf, daß auch Taten folgen — wenn am 6. Juni dem Bürgerium ein Erfolg beschieden wird. Arbeiter Arbeiterinnen, es ist Gefahr im Verzug! Sorgt dafür, arbeitet dafür, daß der Aufmarsch am 6. Juni ebenso gewaltig und einmütig wie am 1. Mai sein wird; gebt ihnen auf ihre gestrige Provokation eine Antwort, daß ihnen sogar die Worte entweichen, mit denen sie Euch jetzt noch begeistern zu können glauben. Dann könnt Ihr Valentinstag feiern, die Euch niemand mehr freitrag zu machen versuchen wird. Wahltag — Jahrtag!

Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Die Tagesordnung wurde von 88 Mitgliedern. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden einige „Meine Anträge“ erledigt. Die eine wurde gestellt von den demokratischen Städt. Arbeiter und Beschäftigten wegen der Einstellung des Straßenbahnverkehrs am 1. Mai, worauf Bürgermeister Sauer betont, daß die Einstellung auf Verlangen des Personals erfolgt ist. Eine weitere Anfrage betrifft die Ausgabe von Einmachgläsern, wozu Bürgermeister Dr. Ortmann die erfreuliche Antwort gibt, daß circa 3 Pfund Einmachgläser pro Kopf aus zurückbehaltenen Beständen verteilt werden können. Die Städt. Gen. Wörner, Kühn u. a. stellen eine Anfrage wegen der Wohnungsnot, besonders in den Vororten. Bürgermeister Schneider erklärt, daß die 188 städtischen Wohnneubauten in die Vororte wie folgt verteilt sind: Durland 4, Gimmels 10, Müppur 26 und Rindheim 5. Die letzte Anfrage ist eine Beschwerde darüber, daß im Vorort Müppur der Kleinpächtern zu spät Mitteilung von der Bebauung des Geländes zugegangen ist. Bürgermeister Schneider bemerkt hierzu, daß die Benachrichtigung schon im Frühjahr erfolgt ist und die Pächter entschädigt werden, es sind 1500 bis 2000 M. dazu vorgesehen.

Nach einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Der 1. Punkt betrifft die Erbauung eines 5. Bedens am Rheinhafen und die Erweiterung des Städt. Kanals. Oberbürgermeister Dr. Finter gibt eine eingehende Begründung zur Vorlage. Mit dem Bau wurde vor dem Kriege begonnen, konnte aber infolge desselben nicht zur Vollendung gelangen. Eine vollständige Ausführung des Projekts ist infolge der Teuerung nicht möglich, aber es handelt sich darum, die begonnenen Arbeiten fertigzustellen, die gegenüber dem früheren Vorschlag von 1 851 000 M. jetzt 4 540 000 M. erfordern. Redner weist auf die hohe Bedeutung des Karlsruher Rheinhafens für Handel und Verkehr hin und schließt mit dem Wunsch, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo das 5. Beden vollständig ausgebaut werden könne. — Städt. Obmann Frey empfiehlt die Annahme der Vorlage. — Städt. Rönninger (Dem.) schließt sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters an und meint dann weiter, daß erst die Aufhebung der Zwangswirtschaft und besond. das gerade diejenigen, die jetzt so laut nach Aufhebung schreien, dieselbe größtenteils nicht eingehalten haben und jetzt sagen, sie habe Schiffbruch gelitten. Redner berweist bei dieser Gelegenheit auf die Dribbelndjäger der Unternehmer besonders in der Schwerindustrie hin. Es muß alles getan werden, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und zu geben der Zeit das Projekt des 5. Bedens vollständig auszuführen. — Städt. Weiß (D.N.) ist für die Vorlage. — Städt. Gen. Frey verlangt einen halbigen Ausbau des fünften Bedens, um die Güterbahnlinie in Karlsruhe, die an der höchsten Leistungsfähigkeit angelangt ist, zu entlasten. — Städt. Gen. Dr. Dies meint sich gegen die Ausführungen des Städt. Rönninger und betont u. a., daß die Zwangswirtschaft, deren Einführung durch den Krieg notwendig war, nur eine Organisierung der Kräfte des Kapitalismus ist. — Städt. Neumann nimmt den Städt. Rönninger und die freie Wirtschaft in Schutz und meint, die Sozialdemokraten hätten Maßregeln gehalten, was Gen. Städt. Schwall energisch zurückweist. Von der Unabhängigen-Fraktion spricht niemand zur Vorlage, ihnen genügen einige Zwischenrufe, die schlicht ohne jegliche Anstrengung vor sich gehen.

Die Vorlage, sowie diejenige betr. Bewilligung eines Nachtragstrebits im Betrage von 1 904 452 M. zur Erstellung eines vierten Bedens wurden einstimmig angenommen.

Die 4. Vorlage betrifft den Lohnstarif für städtische Arbeiter, Regelung der Befoldungsverhältnisse und Gewährung eines Zuschusses für die städt. Beamten und Angestellten. Die sozialdem. Fraktion stellt hierzu folgenden Antrag: „Nachdem die Neuverteilung der Gehaltsverhältnisse der städt. Beamten in Anlehnung an die durch die Landesbefoldungsordnung beschlossenen Verhältnisse erfolgen soll, stellen wir den Antrag, daß auch den städtischen Beamten derselbe Vorbehalt gewährt werden soll, wie den Staatsbeamten.“ Die Vorlage beantragt Bürgermeister Sauer. Die neuen Löhne stellen sich nach den Vereinbarungen mit den Arbeiterorganisationen wie folgt: Ortsklasse 1 (vollbeschäftigte Arbeiter) 22,50—35 M., Ortsklasse 2: 20—32,50 M. pro Tag. Alle Beamten der Stadt werden der Reichsbefoldungsordnung unterstellt. Die städt. Arbeiter sollen so bezahlt werden, daß sie leben können, denn sie müssen auch Großes leisten. Die Verhältnisse der Beamten sind schlechter als angenommen wurde, deshalb ist die Vorlage notwendig. — Städt. Obmann Frey ist für die Vorlage und kritisiert die Arbeitslosigkeit der Straßenbahner am 1. Mai. — Im Auftrage der sozialdem. Fraktion spricht Gen. Städt. Rönninger, der bemängelt, daß die Stadt nicht nach dem Grundtag gehalten habe, „wer schnell gibt, gibt doppelt“. Wir haben bald Weltmarktpreise, aber keine dementsprechenden Löhne. Zum Lohnanhang sollte man nicht vollbeschäftigte städt. Arbeiter aufzuziehen. — Die Städt. Rönninger (D.N.), Förster (D.N.) bringen noch einige Wünsche zur Vorlage vor.

Städt. Gen. Wörner stellt fest, daß die Vorlage keine Befriedigung auslöset hat. Die Beträge für die Beamten, be-

sonders der unteren Klassen sind recht klein. Wenn die Stadt nur theoretisch das Wohlwollen gegenüber den Beamten betont, so ist denselben nicht geholfen. Die Regelung bedeutet nur eine Verjüngung für die Zukunft. Die Opfer, welche durch die Steuern von uns verlangt werden, sind außerordentlich. Der Beamte wird trotz der Befoldungsreform ein Proletarier sein. Der Vorbehalt an die Beamten sollte sich in der gleichen Höhe bewegen, wie ihn die Landesbefoldungsordnung vorsieht. Die Stadterhaltung sollte dafür sorgen, daß bei den Verhandlungen über die Befoldungsordnung die Vertreter der Städte nicht mit gebundenen Händen kommen. Redner bittet um Annahme des sozialdemokratischen Antrages. — Städt. Weiß (D.N.) wendet sich gegen die Verdrängung von Arbeitern außerhalb der Arbeitszeit durch städtische Arbeiter. — Städt. Gen. Förster tritt energisch den Ausführungen verschiedener bürgerlicher Redner entgegen, wegen der Arbeitsniederlegung der Straßenbahner am 1. Mai und bezeichnet die Ausrechnung des Ausfalles an Einnahmen als leichtfertig, denn nach derselben würden sich die Einnahmen aus der Straßenbahn jährlich auf 18 Millionen belaufen, während sie nur auf 13 Millionen veranschlagt sind. Man muß auch noch den Ausfall an Lohn in Betracht ziehen. Die Straßenbahner werden sich nicht irren machen lassen. Früher hat man bei Besuchen von Majestäten u. a. viel größere Summen verpulvert. Die Ausführungen unseres Sprechers lösen begriffliche Unruhe und Widerspruch bei den Bürgerlichen aus. — Städt. Förster (D.N.) bemängelt das langsame Arbeiten bei der Fertigstellung der Vorlage und bringt mehrere Wünsche, wie Aufhebung der Rindungen u. a. vor. Mit seinen weiteren Ausführungen erweckt er große Heiterkeit des Hauses. — Städt. Siegel (Dem.) bringt verschiedene Wünsche vor und erklärt sich für den Antrag des Gen. Wörner. — Städt. Fall (D.N.) bemängelt die Befreiung der Maifeier der Straßenbahner bei den bürgerlichen Parteien ein rotes Mäddchen zu verdienen und verurteilt ein kleines Terrormärchen zu konstruieren. — Städt. Rönninger (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Gen. Förster. — Städt. Kühn (D.N.) erklärt sich, die Maifeier der Straßenbahner sogar als einen Standa und Bestraßung hinzustellen, der nicht mehr vorkommen darf! — Städt. Gen. Frey tritt gegen die Ausführungen des Gen. Förster und des Gen. Siegel ein und erklärt, daß die Maifeier der Straßenbahner an der Maifeier enthalte, ist falsch. Nur 9 städtische Organisierte waren gegen die Beteiligung. Wir lassen uns den Arbeiterfeiertag nicht nehmen. Der Beschluß der Beteiligung wurde in der Versammlung einstimmig gefaßt. — Städt. Gen. Förster bezeichnet als Hauptgrund der Stimmung bei den Bürgerlichen gegen die Maifeierbeteiligung der Straßenbahner die Verärgerung über den schönen Verlauf der Feier. Die 500 freierorganisierten Straßenbahner lassen sich von 9 Christlichen nicht terrorisieren. Die Ausführungen des Städt. Fall (D.N.) stellen eine Denunziation seiner Kollegen dar. — Es sprechen noch weiter zur Vorlage bzw. zur Maifeier die Städt. Hermann (Dem.), sowie Sturm (D.N.), Wörner (D.N.), Städt. Gen. Dr. Dies wies den Vorwurf des Städt. Kühn (D.N.), daß das Vorgehen der Straßenbahner ein Standa sei und die Bezeichnung „mutwillig“ von Herrn Obmann Frey (Dem.) energisch zurück und bezeichnete das Verhalten der Bürgerlichen als einen Standa und Mutwillen, die voriges Jahr dem 1. Mai als Feiertag zum Feiertag ablichten, weil sie glauben, auf die Sozialdemokratie eine Niederlage mehr nehmen zu müssen. Er stellte fest, daß die sozialistischen Mitglieder des Stadtrats sich geschlossen hinter die Straßenbahner stellten. Das Verhalten des Bürgeriums ist eine Bräuterei von weit über einem Drittel der deutschen Bevölkerung, das schon über 80 Jahre für diesen Tag kämpft. — Nachdem nach Städt. Obmann Frey den gewöhnlichen „liberalen“ Müßiggang angetreten hatte, fand die Vorlage einstimmig und der sozialdemokratische Antrag mit großer Mehrheit Annahme.

Die Sitzung wurde um 8 Uhr am Donnerstag mittag 4 Uhr vertagt. Die Pressevertreter hatten gegen 10 Uhr ihre Tätigkeit eingestellt.

Vor der Sitzung fanden Ergänzungswahlen statt. Anstelle des von hier weggezogenen Gen. Eichhorn wurde Gen. Sign und in den Stadterordnetenortstand gewählt und Gen. Kowalew zum stellv. Obmann. Für den zum Finanzminister ernannten Stadtrat Köhler (D.N.) wurde sein Parteifreund Kühn zum Stadtrat gewählt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 20. Mai.

Sozialdemokratische Parteiversammlung. Im Sozialdemokratischen Verein („Elefanten“) hielt gestern Abend Gen. Dr. Krauß den angekündigten Vortrag über „Sozialistische Wirtschaftspolitik“. Der gewandte und bescheidene Redner behandelte in seinem Referat im Wesentlichen die Frage: Wie organisiert man die wirtschaftliche Produktion so, wie sie für die eigene und die Weltwirtschaft am vorteilhaftesten ist, vertritt dabei den Gedanken der organisierten Planwirtschaft, sofortige Ausführung der Steuererhöhung, Aufhebung der Zwangswirtschaft in der heutigen Form und eine vernünftige Produktionspolitik. Der Vortrag löste eine lebhafteste Diskussion aus. Im Anschluß an den ausgezeichneten Vortrag wurde noch vom Kassierer Gen. Lang Bericht über das 4. Quartal und über die Jahresabrechnung erstattet. Der Bericht ergab, daß mehrere Hundert Parteimitglieder noch mit der Bezahlung des beschlossenen Parteibeitrags von 10.—M. im Rückstand sind. Die Namen sollen in einer der nächsten Parteiversammlungen genannt werden, wenn bis dahin Zahlung nicht erfolgt. Kurz nach 11 Uhr konnte der Vorsitzende Gen. Kiefer die gut besuchte Versammlung schließen.

Sozialdemokratischer Verein. — Bezirk Weiertheim. Heute Donnerstag Abend 8 Uhr findet eine Bezirksversammlung mit Vortrag des Arbeitsministers Gen. Rückert im Weiertheimer Hof statt. Alle Genossen und Genossinnen, sowie die Volkstrendler mit ihren Frauen und Bekannten müssen erscheinen. Keiner darf fehlen, denn die Wahlen stehen bevor. **Verein Arbeiter-Jugend.** Der auf heute Abend vorgesehene Vortrag der Genossin Elli Schneider über die Schiller wird auf einen Donnerstag im Monat Juni verlegt. Heute Abend wird Gen. Städt. Wörner einen Vortrag über die politischen Begebenheiten der letzten Wochen halten. Auf Wunsch der Jugendgenossen und Jugendgenossinnen soll jeden Monat ein derartiger Vortrag gehalten werden; die Mitglieder sowie Freunde der Arbeiter-Jugend werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Auch ist heute Wiederaufgabe.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landesbühnen.

Die Reheul's 'Josef in Ägypten' ist seit einigen Wochen wieder in den Spielplan aufgenommen worden...

Aus den Konzerten.

Das der Eintrittsaal auch noch in der Maienzeit vollbesetzt sein kann, zeigte der Klavier-Trio-Abend...

Das Programm war famos. Zuerst ein feiner Mozart, das einem gleich warm ums Herz ward...

seiner Spielgenossen von denen Josef Weischer wieder einen bezaubernden Duft von den Seiten seines meisterlich behandelten Instruments ausstrahlte...

Rekte Nachrichten.

Rücktritt Poincares vom Wiedergutmachungs-Ausschuss.

Paris, 19. Mai. (WZ.) Poincare übermittelte Millevoye sein Rücktrittsgesuch als Mitglied des Wiedergutmachungsausschusses...

Die Streikbewegung in Frankreich.

Saarlautern, 19. Mai. (Privat.) Wie aus Paris gemeldet wird geht die Streikbewegung in Frankreich ihrem Ende zu...

Albert Thomas in Italien.

Dem 'Berliner Tageblatt' wird aus Rom gemeldet, daß die Sozialisten in Mailand den früheren französischen Munitionsdirektor Albert Thomas...

Kleine Nachrichten.

Gungerdemonstrationen in Böhmen. Nach einem Bericht der 'Bohemie' kam es in Hohenelbe zu Gungerdemonstrationen...

Weiterer Preisabschlag der Hütte. Die letzte Leipziger Hüttenpreisveränderung (am 18. d. M.) hat wieder einen Preisabschlag von 20 bis 60 Prozent gegen die letzte Versteigerung ergeben...

Gesunkenes Unterseeboot. Nach einem Telegramm aus Stockholm ist eines der größten und modernsten Unterseeboote Schwedens im Hafen von Karlskrona gesunken...

Wirbelsturm. In Rottum und Mittelburg hat am Samstag der vorige Woche ein Wirbelsturm 13 Häuser vollständig zerstört...

Aus Nordböhmen. Einer Meldung aus Jienburg zufolge müssen in Nordböhmen alle Lebensmittel von heute an in Kronen bezahlt werden...

Briefkasten der Redaktion.

Dr. F. in S. Wir können leider nicht alle 38 sozialdemokratischen Abgeordneten hier anführen...

Valuta-Bericht vom 17. Mai.

Der Markkurs in der Schweiz erfuhr heute eine weitere Steigerung und notierte etwa 12.30 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 16.85 A per holl. Gulden...

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel 255, gest. 7, Rehl 336, gest. 2, Magau 500, gest. 5, Mannheim 419, gest. 16 Zentimeter.

Vereinsanzeiger.

Jordheim. (Freie Turnerschaft.) Nächsten Samstag, abends 8 Uhr, in der 'Linde' halbjährige Generalversammlung...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Ujelotte, Vater Karl Schmidt, Beruf Beamter. Robert Stefan Adolf, Vater Robert Kraus, Kaufm. Erna Elise, Vater Joh. Anselm, Säherh.-Pol.-Beamter...

Todesfälle. Ernst Roth, Hausbürge, alt 17 Jahre. Max, alt 7 Jahre, Vater Wilm. Wader, Bierführer...

Zerrissene Strümpfe und Socken

werden wie neu wieder hergestellt, nach anerkannt besten Methoden auf besonderen Spezialmaschinen!

Strumpf-Groß-Erneuerungsanstalt Rudolf Wieser, Kaiserstr. 153.

Sänger- und Turner-Vereinigung

Karlsruhe-Belcherthelm. verbunden mit Wettkämpfen Schau-Turnen am 20., 30. und 31. Mai 1920.

Schuhwaren

Reformhaus Neubert, Kaisersstr. 118.

Durlacher Anzeigen.

Die nächtlichen Aufseherungen durch Auskügler in der Stadt und im Turnberggebiet haben in der letzten Zeit in einem Maße zugenommen...

Die Veranstaltung von Aufzügen durch Vereine und dergleichen mit Musik ist nur mit vorheriger Genehmigung der Ortspolizeibehörde gestattet.

Durlach, den 18. Mai 1920. Das Bürgermeisteramt.

Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug, sowie der Vollmischkarten für den Monat Juni 1920.

Die Ausgabe der Scheine zum Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 26. Mai bis 25. Juni 1920, sowie der Vollmischkarten für den Monat Juni erfolgt am 22. und 23. Mai d. J. in folgender Weise:

Am Freitag, den 22. Mai ds. J. vormittags von 9-11 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben: A bis mit G.

nachmittags von 3-7 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben: G, S und R.

Am Dienstag, den 25. Mai ds. J. vormittags von 9-11 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben: J, L bis mit N und S.

nachmittags von 3-7 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben: S, Sch. bis mit W.

Jede Familie hat zwecks Empfangnahme neuer Scheine den Lebensmittelausweis mitzubringen.

Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien zu der für den betr. Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen.

Wer die ihm zustehenden Scheine am Ausgabetermin nicht abholt, bekommt mit späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotmarken abgezogen.

Es wird ausdrücklich bemerkt, daß die ausgegebenen Karteikopie erst vom 26. Mai ab Gültigkeit haben.

Für verlorene gegangene oder zu früh benutzte Karteikopie wird kein Ersatz oder Rufgeld gezahlt.

Durlach, den 20. Mai 1920. Kommunalverband Durlach-Stadt.

Freibankfleisch.

Morgen Freitag vormittags von 8-10 Uhr findet auf der städt. Freibank eine Ausgabe von Bankfleisch statt.

Bezugsberechtigt sind die Inhaber der Lebensmittelausweise Buchstabe M Ord.-Zahl 176a bis mit Buchstaben P Ord.-Zahl 42a.

Ausgegeben werden pro Kopf 125 Gramm. Die Lebensmittelausweise sind unbedingt mitzubringen.

Durlach, den 20. Mai 1920. Kommunalverband Durlach-Stadt.

Pferdefleisch-Ausgabe.

Am Freitag, den 21. Mai ds. J., vormittags von 9-11 Uhr, erfolgt eine Ausgabe von Pferdefleisch und zwar bei Pferdemeßger Albert Enghofer, Amalienstr. 23, an die Familien mit den Ausweisnummern 1264 bis mit 1400.

Auf den Kopf der Bezugsberechtigten kommen 250 Gramm Fleisch oder Wurst zur Ausgabe. Zur Empfangnahme sind dem Metzger die Ausweise zwecks Kostrennung der Karten vorzulegen.

Durlach, den 20. Mai 1920. Kommunalverband Durlach-Stadt.

Allgem. Ortskrankenkasse Durlach für den Amtsbezirk Durlach.

Die sachungsmäßige, ordentliche Ausschuß-Sitzung findet am Sonntag, den 20. Mai ds. J., vormittags 10 Uhr im Rathhansaal hier statt.

Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht und Abnahme der Rechnung für das Jahr 1919. 2. Wahl der Rechnungsprüfungskommission für das Geschäftsjahr 1920. 3. Änderung der Satzung. 4. Änderung der Dienstordnung. 5. Berichtedem.

Den Herren Ausschußmitgliedern gehen noch besondere Einladungen, unter näherer Begründung der Tagesordnungspunkte, zu.

Durlach, den 19. Mai 1920. Der Vorsitzende: Hirscher.

Rastatter Anzeigen.

Die Besitzer von Apfelbäumen auf hiesiger Gemarkung werden aufgefordert, ihre Bäume bis spätestens 25. Mai ds. J. von der Blütezeit zu reinigen.

Der Kreisbaumwart und das Feldhutpersonal sind mit der Überwachung des Vollzugs beauftragt.

Sämtliche haben gemäß § 96 der Feldpolizeiordnung strafendes Einschreiten zu gewärtigen. Rastatt, den 17. Mai 1920. 1340 Das Bürgermeisteramt.

Die Reinigung des Abhekanals auf Gemarkung Rastatt wird am Samstag, den 22. Mai, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathausplatz in Versteigerung vergeben.

Die Bedingungen liegen auf dem Rathaus - Zimmer 10 - zur Einsicht auf. 1346 Rastatt, den 18. Mai 1920. Das Bürgermeisteramt.

Offenburger Anzeigen.

Städt. Volksbäder.

Die Karten für die Benutzung der Volksbäder im Anaben- und Mädchenbathaus werden mit sofortiger Wirkung erhöht:

auf 70 Pf. für ein Bannenbad und 30 Pf. für ein Brausebad. Offenburg, den 12. Mai 1920. 1333 Stadtrat.

Die Verwendung des Mehrerlöses aus Häuten von Schlachttier und Schlachttierfellen.

Die Reichsfinanzstelle hat für die Zeit vom 17. Mai ab den Sechstel-Anteil aus den Häuten von Schlachttier für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt wie folgt:

- für Rinder, ausgenommen Kälber 33.00 für Kälber 78.00 für Schafe, hollwollige, halblange und kurzwollige Felle 70.80 für Schafe mit Wollhaare 63.00 für Pferde, einseit. Töcher, Esel, Maniere und Maulgeseh. 19.80

Hiernach dürfen gemäß der vom Ministerium des Innern mit Erlaß vom 1. März 1920 für Baden getroffenen Anordnung die Kommunalverbände vom 17. Mai ab dem Tierhalter als Zuschlag zu dem Preise für die gelieferten Schlachttiere (Häutezuschlag im vollen Betrag des Mehrerlöses) bezahlen:

für Rinder, ausgenommen Kälber 64.00 für Kälber ohne Wollhaare 130.00 für Schafe ohne Wollhaare 118.00 für Schafe mit Wollhaare 106.00 für den Zentner Lebendgewicht.

Offenburg, den 17. Mai 1920. 1381 Kommunalverband Offenburg-Stadt.

Versteigerung v. Frühkirchchen

findet am Dienstag, den 25. Mai 1920 statt. Zusammenkunft nachmittags 2 Uhr beim 'Deutschen Wirtel', Offenburg, den 20. Mai 1920. 1348 Der Stadtrat.

Brennholz-Versteigerung.

Für die in der Nähe der Holzfabrik wohnenden Holzbezugsberechtigten findet die Abgabe am Freitag, den 21. Mai, von 8 Uhr vormittags ab, statt. 1349 Offenburg, den 20. Mai 1920. Der Stadtrat.

Die Alarmierung der Feuerwehrr. betr.

Nach Stadtratsbeschluss vom 12. ds. Mts. wird die Sirene jeden Montag Mittag 12 Uhr einer kurzen Probe unterzogen. Offenburg, den 17. Mai 1920. 1382 Bürgermeisteramt.

Fett-Verforgung.

Verkauft wird ab Samstag, den 22. Mai 1920 Butter: Kopfmenge 50 Gramm 82 Pf. gegen die Fettmarkte G Nr. 28, nur für Kunden der Fettverkaufsstellen Sang, Reinald, Meier, Knabiger, Scherer, Spinner, Strigel, Trichter, West und Janger.

Kummerlung für die Handlungen. Butter wird Freitag nachmittags 2-3 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben. Städt. Lebensmittelamt Offenburg.

Bruchialer Anzeigen.

Städt. Lebensmittel-Verkauf. Fleischfleisch für die Kundenschaft der Metzgermeister Lehmann, Bäring, Hens, Hilp, Knappeler, Kopp und Köhler am Freitag, den 21. Mai, gegen die Fleischmarkte der 3. Woche, für die Perion 100 Gr. Bruchial, den 20. Mai 1920. 1347 Die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchial-Stadt.

richt das nmlung inkopf

ie gehabt.

n die Stadt

leten beim

den durch die

ntlich. Der

eriar sein

leichen Höhe

erjst. Die

andlungen

te nicht mit

nahme des

(.) wendet

Arbeitszeit

itt energisch

er entgegen.

am 1. Mai

nehmen als

während sie

ich auch noch

haben man bei

berpulvert.

iffidierweise

Stadt.

ei der Per-

e, wie Auf-

itieren Aus-

Stadt.

erklärt sich

(Str.) bei

bei den Bür-

den. Hieser

er der

und Ber-

nt dar!! -

1. Mai er-

Ordnung

Gen.

daß das

die Bezeich-

energisch

als einen

als Feier-

und bio-

auf die Co-

Er stellt

ich geschlo-

des Bür-

Drittel der

diesen Tag

gebunden

e einstim-

Meßschiff

ittag 4 Uhr

ihre Tätig-

er statt

rn wurde

ewählt und

am Finanz-

sein Par-

20. Mai.

en Sozial-

abend Gen.

gialisti-

nd belichte

lichen die

duktion so

ortellhafte-

rien Plan-

Aufhebung

e vernünf-

hafte Dis-

en Vortrag

ber das

nung er-

Parteilimit-

ollen in

den, wenn

konnte der

Sammlung

im. Gehts

mlung mit

iertheimer

die Volk-

in erschei-

ns bevor.

orgefene

wird auf

and wird

politischen

h der Ju-

ein det-

Freunde

n gebeten.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Am Samstag, den 22. Mai, sofort nach Feierabend findet im Saale der „Alten Brauerei Kammerer“, Waldhornstraße 23

Mitgliederversammlung

Tagungsordnung: Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages.

Mitgliedsbücher am Saaleingang zum abgeben. 3697

Die Vereinsleitung.

Gem. Chor Bruderbund

Flugtag, 24. Mai findet ein Tanz-Ausflug

ins Jagdhaus nach Ettlingen. Abfahrt mittags 1.28 u. 2.18 Uhr vom Albtalbahnhof.

Unsere Mitglieder, sowie Freunde und Gönner, welche gemüthliche Stunden erleben wollen, sind herzlich eingeladen.

Karlsruhe-Mühlburg 3708 Der Vorstand.

Zeugen-Aufforderung!

Am 17. Mai, nachm. 2 Uhr, wurde die Frau eines Kriegsinvaliden in brutaler Weise von einem Ehepaar an der Ede Fiedel- und Gartenstr. mißhandelt, so daß dieselbe schwer erkrankt darniederliegt. Weitere Zeugen dieses Vorfalls werden freundlich gebeten, ihre Adresse bei Friedrich Weber, Kaiserstr. 207 oder der Kriminalpolizei hier abgeben zu wollen. 3639

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichtert. Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Badischer Baubund G. m. b. H.

Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz) Täglich geöffnet von vormittags 8-12, nachmittags von 2-6 Uhr. Fernsprecher 5157.

Düten und Beutel

einige 100.000 Stück, für alle Zwecke geeignet, billig abgegeben

„Pakuv“, G. m. b. H., Kaiserstraße 14 a. Telefon 5755.

Radfahrer!

Fahrrad- u. Motorrad-Räder 3604 werden repariert und luftgefüllt in Dietigheim, Kirchenstr. 65. Anlauf geb. Räder.

Neuer Sonntags-Anzug

mittlerer Größe, zu verkaufen. Anzahlung zwischen 4-6 Uhr bei Zeller, Georg-Friedrichstr. 23, I. 3678

Liegwagen

hell, aus bill. abzugeben. Waldhornstr. 32, III. r.

Klappportwagen

gut erhalten, zu verkaufen. Schützenstr. 7, 4. Et. rechts.

Altmetalle

wie Zinn, Zink, Blei, Messing, Rotgült, Kupfer, Schrot und Unkelien, Maschinen, sowie ganze Fabrik-Einrichtungen tauf

Feuerstein, Fabrikantstr. 26. Tel. 3481. Für Händler Vorzugspreise. 3104

Karlsruher Ferientolonien!

Herr Stadtschulart Dr. Paull wird Freitag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in dem kleinen Festhallsaal einen Lichtbild-Vortrag halten über den Heuberg als Kindererholungsheim.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 20. Mai 1920 1345 Die Bohème

Oper in 4 Bildern von Puccini. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Im Landestheater. Spielplan v. 22. bis 30. Mai.

Sa. 22. „Das Wintermärchen“ (Gr. Pr.) 6 1/2. — So. 23. „Tannhäuser“ (Erh. Pr.) 5 1/2. — Mo. 24. „Die Fledermaus“ (Erh. Pr.) 7. — Di. 25. „Figaros Hochzeit“ (Hohe Pr.) 7. — Do. 27. „Die Marquise von Arles“ (Gr. Pr.) 7. — Fr. 28. „Uraufführung „Francis Willon“ Oper in 3 Akten v. A. Noelte (Erh. Pr.) 7. — Sa. 29. „Neu einstud.“ Die gelehrten Frauen Lustsp. in 5 Akten v. Moliere. Der eingebildete Kranke“ (G.P.) 7. — So. 30. „Don Juan“ (E.P.) 6 1/2. — So. 31. „Die 3 Zwillinge“ (Hohe Pr.) 7. — Mo. 24. „Im weißen Rößl“ (Hohe Pr.) 7. — Di. 25. Volksbühne „Othello“ (Hohe Pr.) 6 1/2. — So. 30. „Als ich noch im Flügelkleide“ (Hohe Pr.) 6 1/2.

Zu den mit * bezeichneten Vorstellungen gelten die Vorzugskarten, Umtausch und Verkaufszeiten wie üblich (siehe Theaterzettel).

Volksbühne Karlsruhe.

Freitag, den 21. Mai A 2 Anfang 6 1/2 Uhr.

Öffentliche Versammlung.

Am Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, spricht Herr Syndikus Dr. Holländer aus Berlin im Konzerthaus

„Die Juden im neuen deutschen Reich.“

Freie Ansprache!

Wir laden unsere Mitbürger aller politischen Richtungen zu zahlreichem Besuch ein.

Zentralverein deutsch. Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Eintritt frei.

Moh. Tintelott Karlsruhe

Amalienstr. 43 Rasiermesser-Mohlschleiferei mit elektr. Betrieb Solinger Stahlwaren. Tel. 4182

Schuh-Waren

alle Sorten in bekannter guter Qualität zu äußerst billigen Preisen. Kein Laden daher billigste Preise. Verschiedene Einzelpaare sehr billig.

Willy Müller, Mühlburg, Geißelstr. 4.

Städt. Fischhalle

hinter dem Bierordtsbad. Nächster Seefische-Verkauf vor Pfingsten

am Freitag von 8-12 Uhr vorm. und 3-5 Uhr nachm., und solange Vorrat am Samstag vorm. Badmaterial mitbringen. Die Lebensmittelauflage ist vorzulegen. 1341

Billetumschläge

2 1/2 Millionen, billig abzugeben

„Pakuv“, G. m. b. H., Kaiserstraße 14 a. Telefon 5755.

Zeitungs-Trägerin

für die Altstadt. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.

Geschäftsstelle des „Volksfreund“ Luisenstra. 24



Wettermäntel

Damen Herren

Gummi-Mäntel

Waterproof-Mäntel

echte Kamelhaar-Loden-Mäntel

Herren-Sport-Anzüge

Damen-Sport- und Reise-Kostüme.

Sporthaus Freundlieb

Sonderhaus I. Ranges für Bekleidung u. Ausrüstung

Karlsruhe Kaiserstraße 185. Preisliste über Sportbekleidung und Ausrüstung gratis. 3690

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 17. bis 23. Mai 1920.

1. Haferflocken, 250 Gramm zum Preise von 1.20 M gegen die Marke A 198.
 2. Manioca, 250 Gramm zum Preise von 2.25 M gegen die Marke B 188.
 3. Reis, 500 Gramm zum Preise von 7.50 M gegen die Marke C 188.
 4. Bohnenpulver, 1 Paket zum Preise von 1.50 M gegen die Marke D 188.
 5. 1 Ei ab Mittwoch, den 19. Mai zum Preise von 1.40 M für das Stück gegen die Marke E 188.
 6. Cond. Milch, 1 Dose gegen die Hausmarkenmarke A 106, 2 Dosen gegen die Hausmarkenmarke B 106 zum Preise von 8.— M für 1 Dose.
 7. Kaffee, 100 Gramm gegen die Hausmarkenmarke A 105, 200 Gramm gegen die Hausmarkenmarke B 105 zum Preise von 3.40 M für 100 Gramm.
 8. Marmelade wie befiehlt in den Kleinverpackungen zum Preise von 6.20 M für das Pfund.
 9. Zucker, 300 Gramm gegen die Zuckermarkenmarke A 188, Preis 1.90 M für 1 Pfund gem. Zucker.
 10. Haushaltmehl, Kopfmenge 300 Gramm zum Preise von 1.50 M für 1 Pfund in den Bäckereien ab Mittwoch, den 19. Mai gegen die Sondermarken A 188, Sondermarken mit dem Aufdruck „Selbstverforgert“ werden nicht eingelöst.
 11. Fett, 125 Gramm zum Preise von 4.50 M gegen die Sondermarken B 188 in den Bäckereien ab Mittwoch, den 19. Mai.
 12. Fett, Kopfmenge 150 Gramm Margarine zum Preise von 12.85 M für das Pfund gegen die Fettmarken C und D 188.
- In den Fettverkaufsstellen: Nr. 1-82 Dienstag, den 18. bis Donnerstag, den 20. Mai. Nr. 83-160 Donnerstag, den 20. bis Samstag, den 22. Mai. Nr. 161-252 Samstag, den 22. Mai bis Mittwoch, den 26. Mai 1920.
13. Fleisch laut besonderer Bekanntmachung.
 14. Kartoffeln, 20 Pfund zum Preise von 4.— M für das Pfund gegen die Kartoffelmarken C 188, siehe Bekanntmachung vom 11. Mai 1920.
 15. Kindernährmittel, 1 Paket zu 250 Gramm zum Preise von 2.30 M und Zwieback (Auslandsmare), 1 Paket zum Preise von 2.— M gegen die Zusatzmarken für Kindernährmittel A 188.
- III. Die Verteilung der Waren beginnt am Dienstag, den 18. Mai.
- IV. Für die Woche vom 24.-30. Mai sind zu Verteilung vorgesehen: Haferflocken, 125 Gr. Speiseöl, 250 Gr. Manioca, 250 Gramm. Fett, 125 Gramm. Erbsen, 500 Gramm.
- Karlsruhe, den 14. Mai 1920. 1282
- Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Billige Schuhe!

2 Dugend Damenhalbschuhe, Vorkauf und Ehepaar, prima Lederboden, für 140 M. per Paar. 1 Duz. weiße Lederhalbschuhe, sehr gute, solide Arbeit, à 100 M. zu bez. Jos. Bahlinger, 2710 Marienstr. 76, 8b, I. Et. Fertige 3467

Loden-Mäntel

empfehlen preiswert Karl Girm, Kleider-Handschneiderei, 23, II. r.

Wäsche

aller Art auch St.-Wäsche wird zum Waschen und Bügeln angenommen. Göbelsstraße 31, 3. Stod.

Für Wahlzwecke!

Großer Rollen billig abgegeben „Pakuv“, G. m. b. H., Kaiserstraße 14 a. Telefon 5755.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, I. Trp. Etwas angetrabte Vollekleider zu billigen Preisen

Anzüge!

Schwarz, la. engl. Stoff, Größe 50, wenig getragen. M. 600.— Grau, Leinen, Zwirn, wachbar, kurze Ärmel, neu, Gr. 52 Mf. 350.— Rot, einzeln, macerato, getragen, Größe 50, M. 150.—

Rakao-Milch-Süßspeise

ca. 1/10 Zucker ca. 1/10 Milch ca. 1/10 Grieß 250 Gramm-Paket Markt 3.25

Rakao-Milch-Süßspeise

ca. 1/10 Zucker ca. 1/10 Milch ca. 1/10 Grieß 250 Gramm-Paket Markt 5.50

Diwan!

neue, in Elfen, Leinwand und Stoffe billig zu verkaufen. Volkswirtschaftshaus W. Böbler, Schützenstr. 25.